

Online-Casinos

Das irre Versprechen vom Zocken (fast) ohne Risiko

In Deutschland verdienen Online-Casinos und -Pokeranbieter Hunderte Millionen Euro – illegal. Start-ups wollen nun für Spieler die Verluste einklagen.

Laura de la Motte Frankfurt

In Deutschland sind Online-Casinos eigentlich illegal. Einzige Ausnahme: Schleswig-Holstein. Die Lizenzen, die dort vergeben wurden, gelten zwar eigentlich nur für Angebote an Einwohner des nördlichsten Bundeslandes, aber so richtig scheint das keinen zu kümmern. Anbieter wie Hyperino, Unibet, Drückglück oder Pokerstars schalten bundesweit im TV, im Internet oder in Sportstadion Werbung. Zwar gibt es in der Regel einen kleinen Hinweis auf Schleswig-Holstein, doch den ignorieren die meisten Spieler, viele ahnen nichts von der Illegalität.

Die Betreiber freut es: Deutschland ist ein wichtiger Markt. Sie verdienen laut Daten der Gemeinsamen Geschäftsstelle Glücksspiel pro Jahr 477 Millionen Euro. Ihr Gewinn ist der Verlust der Spieler. Oder doch nicht?

Das Online-Glücksspiel bewegt sich in Deutschland in einer juristischen Grauzone, in der es keine Rechtssicherheit gibt, nicht für die Anbieter, aber auch nicht für die Spieler. Verbraucheranwälte und immer mehr junge Rechtsfirmen, sogenannte Legal-Techs, wollen daraus ein Geschäftsmodell machen. Sie versprechen, die Verluste der Spieler zurückzuholen.

Mit dem jüngsten Glücksspielstaatsvertrag sollen die Online-Casinos eigentlich legalisiert werden. Seit Juli 2021 können die Betreiber von Online-Roulette, -Blackjack oder -Poker deutschlandweite Lizenzen beantragen. Doch bis heute enthält die sogenannte Whitelist des zuständigen Landesverwaltungsamts von Sachsen-Anhalt keinen einzigen Eintrag (Stand 1. Juni 2022).

Die rechtswidrige Praxis, die jedoch keine Aufsichtsbehörde beendet, bietet den Legal-Techs ein Einfallstor. Die jungen Rechts-Start-ups suchen sich in der Regel Massenschadensfälle aus, bei denen viele Nutzer gleiche Schadensersatzansprüche gegen eine begrenzte Zahl von Unternehmen haben. Bisher haben die Neugründungen dieses Modell vor allem im Bereich Fluggastrechte oder Mietrecht eingesetzt.

Helpcheck, Chargeback24 und Rightnow wollen Geld zurückholen

Jetzt ist das Onlineglücksspiel an der Reihe. Ein Beispiel dafür ist die Firma Helpcheck, die sich bisher auf Lebensversicherungen und Arbeitsrecht spezialisiert hatte. „Wir sehen im Online-Glücksspiel ein weiteres Feld, in dem Verbraucher nicht zu ihrem Recht kommen und zum Teil erhebliche Schäden erleiden“, erklärt Helpcheck-Manager Lars Klein. Schon länger bieten Chargeback24 und Rightnow Hilfe an, die Verluste aus dem illegalen Online-Glücksspiel zurückzuholen.

Die fehlenden Lizenzen der Casino-Anbieter bieten die Chance für Schadensersatzklagen. Ab Verlusten von 10.000 Euro werden Verbraucheranwälte und die meisten Legal Techs tätig. Sie argumentieren: Wer bei einem illegalen Anbieter Geld verliert und von der Illegalität des Geschäfts nichts wusste, hat Anspruch auf Rückzahlung seiner Spieleinsätze. Die Anbieter verteidigen sich mit der Argumentation, dass die Spieler bei Kon-



”

Betroffene aus allen Schichten und teilweise mit guten Jobs verspielen ihr ganzes Haus oder nehmen Kredite auf.

Patrick Redell
Anwalt

toeröffnung bestätigen müssen, sich selbst in ihrem Heimatland über die geltende Rechtslage zu informieren. Den Anbietern, die international agieren, sei dies nicht zuzumuten.

Doch viele Richter überzeugen das nicht. Knapp 50 deutsche Landgerichte haben sich bereits auf die Seite der Spieler gestellt. Vor wenigen Wochen hat mit dem OLG Frankfurt erstmals auch ein Oberlandesgericht diese Rechtsauffassung in einem Hinweisbeschluss in einem Verfahren gegen die Entain-Gruppe bestätigt (Az. 23 U 55/21). Ein höchstrichterliches Urteil steht noch aus.

Trotzdem hat bereits eine Prozessflut begonnen. Die fünf größten Betreiber dominieren 95 Prozent des Online-Glücksspielmarkts, und bei diesen Anbietern häufen sich die Einzelklagen. „Die aktuellen Forderungen aus den Klageverfahren dürften bei etwas unter 100 Millionen Euro liegen“, schätzt Anwalt István Cocron von der Kanzlei CLLB in München. Diese Summe besteht aus Ansprüchen der vergangenen zehn Jahre. Doch der Betrag könnte bald steigen. „Wir sehen aktuell viel Interesse im Markt. Mit jedem Urteil springen neue Kanzleien auf“, beobachtet Cocron.

477

Millionen Euro verdienen die Anbieter von Online-Casinos in Deutschland pro Jahr.

Quelle: Gemeinsame Geschäftsstelle Glücksspiel

Der schnelle Kick im Online-Casino verführe selbst Banker, Polizisten oder Finanzbeamte, berichtet der Kölner Anwalt Patrick Redell. „Ich sehe Betroffene aus allen Gesellschaftsschichten und teilweise mit guten Jobs, die ihr ganzes Haus verspielt oder Kredite aufgenommen haben.“

Allerdings ist eine Schadensersatzklage gegen einen Casino-Betreiber aufwendig. Die Unternehmen haben ihren Firmensitz in der Regel auf Malta, Zypern, in Gibraltar oder Übersee. So dauert schon die Zustellung der Klage einige Monate Zeit. Zwar werde mit dem jüngsten OLG-Beschluss die Rechtslage immer klarer. „Aber langsam beginnen die Casinos, trotz Urteil die Zahlung zu verweigern, und man muss das Geld über ein Vollstreckungsverfahren mühsam in Malta oder Zypern eintreiben“, erläutert Helpcheck-Manager Klein.

Das bestätigt sein Kollege Karim Weber von der Kanzlei G&L aus Wien, der gegen das Glücksspielunternehmen Mr Green mehrere Urteile erwirkt hat. Allerdings weigert sich Mr Green, das Geld auszusahlen. Weber hat daher inzwischen Anzeige bei der deutschen Glücksspielbehörde erstattet, um aufzuzeigen, dass MrGreen nicht über die nötige Zuverlässigkeit verfügt, um eine bundesdeutsche Lizenz zu erhalten. Auch andere Online-Casino-Betreiber zeigen sich renitent.

Bet-at-home wickelte eine maltesische Tochterfirma im Dezember ab, nachdem sie mit Spielerklagen aus Österreich überannt worden war. Rechtsschutzversicherer schließen den Bereich

Glücksspiel aus, deshalb locken Legal Techs wie Helpcheck und Chargeback24 die Kunden mit einer Prozesskostenfinanzierung. Diese schießen alle Anwalts- und Gerichtskosten vor und erhalten im Gegenzug von der zurückgeholten Summe eine Provision. Die liegt aufgrund der Vollstreckungs- und Klumpenrisiken aktuell im Schnitt bei etwa 38 Prozent und damit etwas höher als zum Beispiel im Bereich Fluggastrechte.

Der Vorteil der Legal Techs ist, dass Nutzer ihren Fall abgeben und sich nicht weiter darum kümmern müssen. Das bedeutet aber auch, dass sie kein Mitspracherecht haben, falls der Casino-Betreiber gegen Teilrückzahlung eine außergerichtliche Einigung anbietet. „Die Entscheidung, wann einem Vergleich zugestimmt wird, treffen Prozessfinanzierer in der Regel allein und ohne ein Vetorecht des Kunden“, erklärt Helpcheck-Manager Klein.

Um der zunehmenden Konkurrenz durch Legal Techs Paroli zu bieten, vermitteln inzwischen auch Verbraucheranwälte Prozessfinanzierer. Hier hat der Spieler engeren Kontakt zum Anwalt und kann mitentscheiden, ob er gegebenenfalls einem Vergleich zustimmt.

Ein anderes Modell verfolgt Rightnow. Dieses Legal Tech kauft Forderungen ab 5000 Euro gegen Casino-Betreiber auf und versucht, sie selbst durchzusetzen. Den Preis, den Rightnow für den Forderungsabkauf bietet, liegt jedoch nur bei einem Bruchteil des eigentlichen Verlustes. „Wir erstatten aktuell je nach Casino und Schadenshöhe durchschnittlich einen zweistelligen Prozentsatz sofort“, erklärt Rightnow-Gründer Phillip Eischet. „Je größer der Schaden, desto größer für uns das Klumpenrisiko und folglich desto kleiner der Prozentsatz der Erstattung.“

Kostenfrei können sich glücklose Spieler auch an das Europäische Verbraucherzentrum Deutschland (EVZ) wenden. Analog zu den Verbraucherzentralen im Inland kümmert diese Behörde sich um Probleme von deutschen Verbrauchern mit europäischen Unternehmen. Auch das EVZ versucht, die Verluste außergerichtlich geltend zu machen.

Spielern kann strafrechtliche Verfolgung drohen

Verbraucherschützer warnen die Spieler allerdings vor übereilten Klagen, weil die juristische Grauzone nicht nur für die Online-Casinos, sondern auch für ihre Kunden ein Risiko ist. „Das muss jeder im Einzelfall für sich prüfen, gerade weil auch immer eine persönliche Strafbarkeit im Raum steht“, gibt Alexander Wahl, Rechtsassessor beim EVZ zu bedenken. „Die Teilnahme an unerlaubtem Glücksspiel ist strafbar. Wenn einem Spieler vor Gericht nachgewiesen wird, dass er Kenntnis darüber hatte, dass sein Spiel illegal war, droht ihm eine strafrechtliche Verfolgung“, warnt Wahl.

Spieler sollten deshalb die verbraucherfreundliche Rechtsprechung nicht als Freibrief sehen, jetzt erst recht ihr Glück in illegalen Online-Casinos zu versuchen. „Wer sich nach dem Beschluss des OLG Frankfurt und der zunehmenden Berichterstattung noch an illegalem Online-Glücksspiel beteiligt, wird vor Gericht im Zweifel immer schwerer nachweisen können, dass er keine Kenntnis über die Illegalität der Angebote hatte“, warnt Anwalt Redell.

Selbst wer beim illegalen Online-Glücksspiel gewinnt, sollte sich nicht zu früh freuen – wie etwa ein Spieler aus dem Leiningerland. Er gewann bei einem maltesischen Anbieter 40.000 Euro, aber der Betreiber wollte ihm seinen Gewinn nicht auszahlen.

Das Landgericht Frankenthal in der Pfalz ließ ihn auflaufen: „Bei nicht lizenzierten Glücksspielen oder Werten habe der Spieler keinen einklagbaren Anspruch auf Auszahlung des erzielten Gewinns“, erklärte das Gericht (Az. 8 O 90/21). Der Spieler könne allenfalls die Rückzahlung seines Spieleinsatzes verlangen.

Geldpolitik

Experten erwarten stärkere EZB-Zinserhöhung

Die Debatte um eine Zinsanhebung der EZB um 50 Basispunkte nimmt weiter Fahrt auf.

Frankfurt, Düsseldorf. Eine neue Zinsprognose der Deutschen Bank bricht mit dem Konsens der meisten Ökonomen. Die Experten der Bank erwarten, dass die Europäische Zentralbank (EZB) den Einlagenzins im Euro-Raum im dritten Quartal um einen halben Punkt anhebt. Das geht aus einer am Dienstag veröffentlichten Analyse hervor. Alle anderen von Bloomberg befragten Ökonomen rechnen mit einem weniger aggressiven Vorgehen.

Üblicherweise werden die Zinsen um einen viertel Prozentpunkt angepasst. Doch die anhaltend hohe Inflation im Euro-Raum hat eine Debatte ausgelöst, ob die Notenbank womöglich noch strikter gegen den Preisdruck vorgehen muss. Im Mai sind die Verbraucherpreise um 8,1 Prozent gestiegen. Die Experten der Deutschen Bank erwarten deshalb eine Anhebung um 50 Basispunkte im Juli oder im September, wenn der Rat der EZB zusammenkommt. Bislang war sie bei beiden Terminen davon ausgegangen, dass der Zins um 25 Basispunkte angehoben wird.



Christine Lagarde: Anhaltend hohe Inflation.

„Die Beweislast hat sich weiter verlagert, und die Daten des Sommers müssen nun die Argumente für eine Anhebung um 50 Basispunkte zu Beginn dieses Zinserhöhungszyklus widerlegen“, schreiben die Ökonomen. „Wir glauben, dass die EZB die Inflation weiterhin unterschätzt, und wir erwarten, dass die Unterstützung für eine Anhebung um 50 Basispunkte im Laufe des Sommers zunehmen wird.“

In den vergangenen Wochen haben sich immer mehr Notenbankler und Ökonomen für ein solches Vorgehen ausgesprochen. Der österreichische Notenbankchef Robert Holzmann etwa gehört ins Lager der „Falken“, die eine striktere Geldpolitik befürworten. Er bekräftigte gegenüber Bloomberg: „Eine Anhebung um 50 Basispunkte würde das notwendige klare Signal aussenden, dass die EZB es mit der Inflationsbekämpfung ernst meint.“

Philip Lane, der Chefvolkswirt der Notenbank, hat die Erwartungen zuletzt jedoch gedämpft. Dieser Schritt werde zwar diskutiert, erklärte Lane. „Aber unsere derzeitige Einschätzung der Lage, bei der wir davon ausgehen, dass die mittelfristigen Inflationsaussichten mit unserem Zwei-Prozent-Ziel übereinstimmen, spricht für ein schrittweises Vorgehen bei der Normalisierung.“ Er gilt als „Taub“, also als Anhänger einer lockeren Geldpolitik.

EZB-Präsidentin Christine Lagarde hatte zuletzt Zinsschritte um jeweils einen viertel Prozentpunkt im Juli und September signalisiert. Sie betonte jedoch, dass weitere Schritte folgen könnten, um dem Preisdruck entgegenzuwirken. Bloomberg/leo